

Politischer Newsletter 4/2016

Sessionsdaten

Die Herbstsession dauerte vom 12. bis am 30. September 2016.

Die Wintersession findet vom 28. November bis am 16. Dezember 2016 statt.

Vernehmlassungen

keine

Bundesrat

Bundesgesetzliche Regelung im Film- und Computerspielebereich

Der Bundesrat will den Jugendmedienschutz bei Filmen und Computerspielen verstärken und Kinder und Jugendliche künftig besser vor ungeeigneten Medieninhalten schützen. Er hat das Eidgenössische Departement des Innern damit beauftragt, bis Ende 2017 ein Gesetz auszuarbeiten, das Alterskennzeichnungen und Abgabebeschränkungen für Videos und Games schweizweit einheitlich regelt.

→ Details:

http://www.jugendundmedien.ch/fileadmin/user_upload/1_Medienmitteilungen_Aktuellmeldungen/20161019_MM_DE_Jugendschutz_Film_und_Computerspiele.pdf

Kommissionen

Tabak: Bundesgesetz über Tabakprodukte

Der vorliegende Entwurf für ein Bundesgesetz über Tabakprodukte (E-TabPG) wurde im Anschluss an die Revision des Lebensmittelrechts erarbeitet, die Tabakprodukte vom Geltungsbereich des Lebensmittelgesetzes ausnimmt. Er regelt die Anforderungen an Tabakprodukte, um den Konsum dieser Produkte zu verringern und die schädlichen Auswirkungen des Konsums zu beschränken. Der Gesetzesentwurf orientiert sich an der heutigen Regelung zu den Tabakprodukten und führt einige Neuerungen und Änderungen ein. Diese betreffen vor allem die Regelung der E-Zigaretten, zusätzliche Einschränkungen der Werbung, der Verkaufsförderung und des Sponsorings sowie ein Verbot der Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige.

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat das Geschäft an der Sitzung des 13./14. Oktobers 2016 behandelt. Sie beantragt mit 12 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen, der vom Ständerat beschlossenen Rückweisung der Vorlage an den Bundesrat nicht zuzustimmen.

Das Geschäft ist für die Sitzung des Nationalrats vom 8. Dezember 2016 während der Wintersession traktandiert.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150075>

Tabak: Tabaksteuergesetz. Änderung

Der Bundesrat hat am 17. Juni 2016 die Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes (TStG) verabschiedet. Seit Jahren verfolgt der Bundesrat das Ziel, die schweizerische Tabaksteuerbelastung in moderaten Schritten der EU-Mindestbelastung anzunähern und dem Bund mit Tabaksteuererhöhungen Mehreinnahmen zu verschaffen. Die Kompetenz des Bundesrates zur Erhöhung der Tabaksteuer auf Zigaretten ist mit der letzten Erhöhung per 1. April 2013 ausgeschöpft worden, daher verzichtet der Bundesrat auf einen Antrag zur Erneuerung der Kompetenz zur Erhöhung der Tabaksteuer. Die beantragte Änderung des TStG umfasst somit nur noch folgende zwei Punkte: 1. Der eidgenössischen Zollverwaltung soll mehr Flexibilität beim Vollzug gewährleistet werden, d.h. dort wo nicht zwingend die Oberzolldirektion tätig werden muss, soll die Zollverwaltung die innerhalb ihrer Organisation zuständige Stelle bestimmen können. 2. Der Begriff «Wasserpfeifentabak» soll in das Gesetz aufgenommen werden.

In ihrer Sitzung des 24./25. Oktobers ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben oppositionslos auf eine Revision des Tabaksteuergesetzes eingetreten.

Das Geschäft ist für die Sitzung des Nationalrats vom 14. Dezember 2016 während der Wintersession traktandiert.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20160051>

Alkohol: «Via sicura. Nein zur Dreifachbestrafung!»

Im Rahmen von «Via sicura» wurde im Strassenverkehrsgesetz (SVG) für die Versicherer anstelle eines Rückgriffrechts eine Rückgriffspflicht eingeführt. Dadurch sind gemäss Jean-Luc Addor (SVP / VS) nun aber zahlreiche versicherte Personen betroffen, die keine eigentlichen Raserinnen und Raser sind. Vor allem sind sie aus seiner Sicht in unverhältnismässiger Weise betroffen, da einer strafrechtlichen und einer administrativen Sanktion eine finanzielle Bestrafung hinzugefügt wird. Aus diesem Grund hat Jean-Luc Addor eine parlamentarische Initiative eingereicht, welche anstelle der Rückgriffspflicht wieder ein Rückgriffsrecht fordert, wenn in angetrunkenem oder fahrunfähigem Zustand oder durch ein Geschwindigkeitsdelikt ein Schaden verursacht wurde.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats hat sich an der Sitzung des 29. Augusts 2016 mit diesem Geschäft befasst und hat entschieden, die Beratung dieser Thematik an ihrer Sitzung vom 13./14. Februar 2017 fortzusetzen.

→ Details: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20150500

Geldspiel: «Geldspielgesetz»

Das neue Geldspielgesetz setzt den Verfassungsartikel über die Geldspiele um, den Volk und Stände am 11. März 2012 angenommen haben, und wird das Spielbankengesetz vom 18. Dezember 1998 sowie das Lotteriegesetz vom 8. Juni 1923 ablösen.

Das Geschäft wurde in den Sitzungen des Ständerats vom 7. und 13. Juni 2016 behandelt. Der Beschluss weicht vom Entwurf des Bundesrats in einzelnen Fragen ab. Die folgenden Themen, welche die Organisationen der Prävention eingebracht hatten, wurden unter anderem abgelehnt: Die Einführung einer Spielsuchtabgabe auch für die Betreiber von Casinos, die Sicherstellung der

Alterskontrolle an Spielautomaten sowie die Schaffung der Konsultativkommission für Fragen zum exzessiven Geldspiel.

Nun hat die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates am 24. Juni 2016 die Arbeiten als Zweitrat aufgenommen. Sie hat in einem ersten Schritt Anhörungen durchgeführt und eine allgemeine Aussprache zur Vorlage geführt. Die Kommission ist danach ohne Gegenantrag auf die Vorlage eingetreten und hat verschiedene Anträge zur Rückweisung an den Bundesrat abgelehnt. Die Kommission hat der Verwaltung Aufträge für weitergehende Abklärungen erteilt und an ihren Sitzungen vom 13. Oktober und 04. November 2016 die Detailberatung der Vorlage aufgenommen. Da noch kein Entscheid gefällt wurde, wird die Beratung voraussichtlich in den Sitzungen im Januar weitergeführt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20150069>

Drogen: «Drogensuchtests in der Armee»

Der Ständerat hat die Motion von Daniel Jositsch (SP / ZH), welche beantragt, dass Angehörige der Armee präventiv und ohne Verdacht auf Drogen getestet werden können, einstimmig angenommen. Seiner Meinung nach sind solche Drogensuchtests dadurch berechtigt, dass Angehörige der Armee während der Dienstpflicht Teil der Staatsgewalt und entsprechend mit Waffen ausgerüstet sind, schwere Fahrzeuge führen und Tätigkeiten wahrnehmen, bei denen bei falscher Manipulation oder Missbrauch eine Gefahr für Dritte entstehen kann.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates beantragt ihrem Rat einstimmig, die Motion abzulehnen. Sie erachtet die heute vorhandenen Möglichkeiten der Armee für angemessen und legt grossen Wert darauf, das Vertrauensverhältnis unter den Armeeangehörigen zu wahren.

Das Geschäft ist für die Sitzung des Nationalrats vom 14. Dezember 2016 während der Wintersession traktandiert.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163053>

Parlament

Alkohol: «Via sicura. Verhältnismässigkeit der strafrechtlichen und administrativen Sanktionen wiederherstellen»

In einer Motion beauftragte Jean-Paul Gschwind (CVP / JU) am 12. März 2015 den Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Aufhebung von Artikel 90 Absatz 4 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) in der Fassung Via sicura vorzulegen, damit die Verhältnismässigkeit der strafrechtlichen und administrativen Sanktionen wiederhergestellt wird. Der vorliegende Artikel definiert eine starre Geschwindigkeitsangabe und lässt so juristischen Akteuren keinen Spielraum für die Würdigung der Umstände im Einzelfall. Der Bundesrat beantragte am 8. Mai 2015 die Ablehnung der Motion.

Das Geschäft wurde in der Sitzung des Nationalrats vom 21. September 2016 angenommen.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20153125>

Alkohol: «Bundesgesetz über die gebrannten Wasser. Teilrevision»

Nach vier Jahren Beratung schrieben die Eidgenössischen Räte die Totalrevision des Alkoholgesetzes (AlkG) in der Wintersession 2015 aufgrund mehrerer unüberwindbarer Differenzen ab. Sie signalisierten bei dieser Gelegenheit ihre Bereitschaft, die Beratung einer Teilrevision mit den unbestrittenen Aspekten der Totalrevision unverzüglich aufzunehmen. Bei diesen unbestrittenen Aspekten handelt es sich um die Integration der Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) in die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), die Privatisierung des EAV-Profitcenters Alcosuisse und die Aufhebung des Bundesmonopols auf der Ethanoleinfuhr. Im Rahmen der zweiten Teilrevision sollen sodann Anliegen der Kantone, der Spirituosenbranche, der Landwirtschaft, der Prävention und weiterer interessierter Kreise aufgenommen werden. Dieses zweistufige Vorgehen schafft den zeitlichen Rahmen, damit die verschiedenen Anliegen in der nötigen Tiefe geprüft und abgeglichen werden können.

Die erste Teilrevision wurde am 14. Juni 2016 vom Nationalrat entsprechend des Entwurfs des Bundesrats behandelt. Dieser sprach sich oppositionslos dafür aus. Daraufaufgehend beantragte auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerats ihrem Rat Zustimmung zur Vorlage. Auch der Ständerat stimmte dem Geschäft an der Sitzung vom 20. September 2016 zu.

Während der Herbstsession am 30. September 2016 wurde das Geschäft erneut behandelt und in der Schlussabstimmung von beiden Räten einstimmig angenommen.

An einem Runden Tisch, zu dem die EAV am 2. September 2016 die Branche sowie Organisationen der Prävention der Prävention eingeladen hatte, zeigte sich, dass die zweite Teilrevision derzeit von den Akteuren als nicht dringlich eingeschätzt wird. Der Bundesrat hat deshalb entschieden, vorerst auf eine zweite Teilrevision zu verzichten.

Die EAV wurde vom Parlament mit der Erarbeitung einer gesetzlichen Grundlage für die Durchführung von Alkoholtestkäufen beauftragt. Dieser Auftrag geht auf die einen Vorstoss von Maja Ingold zurück, welche während der Totalrevision des Alkoholgesetz zurückgestuft, und nach dessen Scheitern vom Parlament zügig angenommen wurde (<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20113677>). Die EAV prüft derzeit eine entsprechende Regelung im Lebensmittelgesetz.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20160033>

Tabak: «Vereinheitlichung der Aufmachung der Zigarettenpäckchen»

In seiner Motion beauftragte Pierre-Alain Fridez (SP / JU) den Bundesrat, in der zukünftigen Tabakverordnung eine Bestimmung vorzusehen über die Aufmachung der Zigarettenpäckchen: Den Hauptteil der Fläche der Päckchen sollen die Hinweise auf die Gefahren einnehmen, die mit dem Tabakkonsum verbunden sind; darüber hinaus sollen die Verpackungen neutral gestaltet sein und keinerlei werberische Hinweise auf Marken enthalten.

Der Bundesrat nahm am 5. Dezember 2014 Stellung zur Motion und beantragte deren Ablehnung. Das Geschäft wurde in der Sitzung des 19. September 2016 vom Nationalrat abgelehnt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20143993>

Vorstösse

Neuer Vorstoss: «Geldspielgesetz. Benachteiligt der Bundesrat private Anbieter?»

Der Bundesrat will Spielgemeinschaften Dritter für Swisslos und die Loterie Romande zulassen, diese aber für private Dritte verbieten. Gleichzeitig bleiben Geldspielautomaten im öffentlichen Raum für die staatlichen Genossenschaften erlaubt, obwohl das Suchtpotenzial hoch ist. Folglich bittet Lorenzo Quadri (LEGA / TI) den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Wieso bevorzugt der Bundesrat im Geldspielgesetz die staatlichen Anbieter? 2. Wieso nimmt er in Kauf, dass bei Geldspielautomaten im öffentlichen Raum keine Suchtmassnahmen ergriffen werden?

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165389>

Neuer Vorstoss: «Gesundheitskosten senken durch Hilfe zur Selbsthilfe»

Die gemeinschaftliche Selbsthilfe, d.h. die Teilnahme von gleichbetroffenen Personen an Selbsthilfegruppen, sowie dessen Förderung in vielen gesundheitlichen und sozialen Bereichen, ist für die Krankheitsbewältigung und Gesundheitserhaltung von grosser Bedeutung und spielt auch für die Prävention eine wichtige Rolle. Direkt Betroffene sowie helfende Angehörige erleben in der Selbsthilfe gegenseitige Hilfe und Solidarität und übernehmen Selbstverantwortung. So erreichen sie einen höheren Grad an Gesundheitskompetenz. Jedoch fehlt es in der Schweiz an einer Kultur der Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stärkung der Selbsthilfe ist ein Querschnittsthema, das in verschiedenen Massnahmen zur Umsetzung von "Gesundheit2020" berücksichtigt wird. Für eine echte Stärkung und Anhebung des Stellenwertes der gemeinschaftlichen Selbsthilfe ist eine Mittelzuteilung notwendig, welche die Wirksamkeit der Selbsthilfe berücksichtigt. Daher fordert Maja Ingold (CVP / ZH) in ihrer Motion den Bundesrat dazu auf, der gemeinschaftlichen Selbsthilfe als besonders effektives und effizientes Instrument der Krankheitsbewältigung in den nationalen Gesundheitsstrategien höhere Priorität einzuräumen und sie in der Mittelzuteilung gemäss Wirksamkeit zu berücksichtigen.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163709>

Neuer Vorstoss: «Erlös aus Tabakverkauf und Geld für Pflegeleistungen landen in der gleichen Kasse»

Medbase hat in der Deutschschweiz zwölf Betreuungszentren eröffnet und wird sich auch bald in der Romandie niederlassen. Das Unternehmen ist Teil der Migros-Gruppe, zu der auch der Grossverteiler Denner gehört. Laut Laurence Fehlmann Rielle (SP / GE) ist die Kombination aus dem Verkaufen von Tabakprodukten und dem Anbieten von Pflegeleistungen ethisch fragwürdig. So fragt sie sich: Ist diese Branchenvermischung mit dem Sinn und Zweck des KVG vereinbar? Schliesslich sind die von den Versicherten bezahlten Prämien für die Gesundheitsförderung und nicht für die Aufrechterhaltung eines Geschäfts vorgesehen, das Krankheiten und vorzeitige Todesfälle verursacht.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165399>

Neuer Vorstoss: «Fragwürdige Aktivitäten der Eidgenössischen Alkoholverwaltung»

Gemäss Gregor Rutz (SVP / ZH) begaben sich in Wil/SG kürzlich zwei Angestellte der Alkoholverwaltung, begleitet von einer Polizistin, in ein Tabakfachgeschäft. Sie beschlagnahmten dort einige "Zippo"-Feuerzeuge sowie ein T-Shirt, weil diese die Inschrift einer Whisky-Marke trugen. Dies

stufen die Beamten als unerlaubte Alkoholwerbung ein. Folglich stellt Gregor Rutz an den Bundesrat die Fragen, ob solche Inspektionen zu den Kernaufgaben der Alkoholverwaltung gehören und ob der Bundesrat die Einschätzung teile, dass es sich dabei um unerlaubte Alkoholwerbung handelt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20165368>

Beantworteter Vorstoss: «Keine Prämienhöhung für Präventionsprogramme»

Gemäss Sebastian Frehner (SVP / BS) möchte der Bundesrat den Beitrag für die allgemeine Krankheitsverhütung, der über einen KVG-Prämienzuschlag erhoben wird, verdoppeln, dies obwohl bereits die heutigen Präventionstätigkeiten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) und anderer staatlich finanzierter Gesundheitsakteure in der Kritik stehen. Es werden immer mehr Aktivitäten aufgebaut, selten aber welche abgebaut. Zudem hat die staatliche Präventionstätigkeit die offensichtliche Tendenz, auf die persönlichen Einstellungen, Lebenswelten und den individuellen Lebensstil Einfluss geltend machen zu wollen. Immer mehr Bereiche kommen dadurch unter staatliche Kontrolle, werden überwacht und ge- respektive besteuert. Dies widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und einer freiheitlichen Ordnungspolitik. Ein eigentliches Präventionsgesetz wurde vom Parlament abgelehnt. Diesen Bereich nun doch weiter mit Prämienhöhungen ausbauen zu wollen ist daher ein Affront gegenüber dem Parlament und gegenüber den Prämienzahlern. Die Wahlfreiheit als Alternative zur Bevormundung der mündigen Bürger muss hochgehalten werden. Daher fordert Sebastian Frehner den Bundesrat in seiner Motion dazu auf, auf weitere Prämienzuschläge zu Präventionszwecken zu verzichten. Die Finanzierung neuer Projekte und Präventionsfelder soll durch die Streichung alter und unnötiger Tätigkeiten kompensiert werden.

Der Bundesrat hat am 16. September 2016 Stellung zur Motion genommen. Er beantragt die Ablehnung der Motion.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20163410>

Beantworteter Vorstoss: «Geldspielgesetz. Ist eine Milliardenbranche in der Schweiz nicht erwünscht? »

In Bezug auf die Tatsache, dass der Bundesrat Online-Spiele, welche von Unternehmen aus dem Ausland in der Schweiz angeboten werden, in der Schweiz nicht zulassen will, hat Daniela Schneeberger (FDP / BL) an diese folgenden Fragen gestellt: 1. Ist dem Bundesrat bewusst, dass durch dieses Verbot Milliardenumsätze in der Schweiz nicht versteuert und auch nicht mit der Mehrwertsteuer abgerechnet werden können? 2. Wäre es nicht sinnvoller, diese Branche unter Aufsicht in der Schweiz tätig werden zu lassen, um die damit verbundenen volkswirtschaftlichen und steuerlichen Multiplikatoreneffekte zu nutzen?

Der Bundesrat beantwortete die Fragen am 19. September 2016. Das Geschäft ist somit erledigt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20165331>

Beantworteter Vorstoss: «Geldspielgesetz. Der Bundesrat verletzt die Handels- und Gewerbefreiheit unnötig»

Der Bundesrat will Spielgemeinschaften für Swisslos und die Loterie Romande erlauben, diese aber neu für private Firmen verbieten. Lorenzo Quadri (LEGA / TI) stellt diesbezüglich die Frage an den

Bundesrat, aus welchem Grund dieser einen schwerwiegenden Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit vornimmt und ob er sich bewusst ist, dass damit das Geschäft ins Ausland verlagert wird und der Schweiz Steuereinnahmen und Arbeitsplätze verlorengehen, obwohl die Spieler durch Maximaleinsätze wirksam vor exzessivem Geldspiel geschützt werden können.

Der Bundesrat beantwortete die Fragen am 19. September 2016. Das Geschäft ist somit erledigt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165317>

Beantworteter Vorstoss: «Snus-Weisung des BAG. Wirtschaftlicher Schaden durch Konfusion und Intransparenz»

Der Zoll entscheidet, ob ein Kautabakprodukt importiert werden darf. Unternehmen, die sich wegen der Konfusion über die Snus-Weisung vorsorglich informieren wollen, etwa um eine Beschlagnahmung an der Grenze zu verhindern, werden an die Kantonschemiker verwiesen. In diesem Zusammenhang bat Hans-Ulrich Bigler (FDP / ZH) den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen: Warum verweigert die Eidgenössische Zollverwaltung in ihrem ureigenen Kompetenzbereich, der Ein- und Ausfuhr, den Firmen so wichtige Informationen? Wird der Bundesrat mit einer Produkteliste zügig Transparenz schaffen, um künftigen Schaden zu verhindern?

Der Bundesrat beantwortete die Fragen am 26. September 2016. Das Geschäft ist somit erledigt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165381>

Beantworteter Vorstoss: «Ungleich lange Spiesse im Tabaksteuergesetz»

Bezüglich der Besteuerung von Roll- und Feinschnitttabak hat Beat Jans (SP / BS) die Frage an den Bundesrat, ob es stimme, dass dieser – nach seinen Worten grund- und sinnloserweise – sehr viel tiefer besteuert würde als Zigarettentabak und, dass dies zu einer nachweisbaren Marktverzerrung führt. Auch möchte er wissen, warum der Bundesrat das in seiner aktuellen Botschaft zur Änderung des Tabaksteuergesetzes nicht korrigiert hat.

Der Bundesrat beantwortete die Fragen am 26. September 2016. Das Geschäft ist somit erledigt.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20165438>

Beantworteter Vorstoss: «Tabaksteuergesetz. Was ist der Jugendschutz wert? »

Zurzeit ist das Tabaksteuergesetz in Revision, was auch die Preisgestaltung beim Feinschnitt-Tabak betrifft. Dieser wird heute rund zwei Drittel tiefer besteuert als Zigaretten. Das führt gemäss Bea Heim (SP / SO) zu einer Marktverzerrung, und dazu, dass vor allem Junge mit jeder Erhöhung der Zigaretten-Preise auf den erheblich billigeren Roll- und Feinschnitt-Tabak ausweichen. Daher bitte sie den Bundesrat in ihrer Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen: 1. Wie lässt sich begründen, dass mit Ausnahme von Deutschland sämtliche Nachbarländer den Feinschnitt-Tabak im Verhältnis zum Zigarettenpreis erheblich mehr besteuern als die Schweiz? 2. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Tabaksteuergesetz 2013 schrieb der Bundesrat: "Es macht Sinn, die Mindestbesteuerung für Feinschnitt-Tabak für selbstgedrehte Zigaretten stärker an die für Zigaretten geltende Mindestbesteuerung anzunähern, ... um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass beide Erzeugnisse gleichermassen schädlich sind. Ist der Bundesrat immer noch dieser Meinung und ist er

bereit, gerade aus Gründen des Gesundheitsschutzes die Besteuerung des Feinschnitt-Tabaks anzuheben? 3. Wäre nicht gerade dieses Tabaksteuergesetz der richtige Moment, um die Besteuerung des Feinschnitt- Tabaks in der Schweiz zumindest auf die Mittel der umliegenden Länder anzuheben? 4. Es ist bekannt, dass die Erhöhung der Tabakpreise gerade bei Jugendlichen einen merklichen Präventionseffekt hat. Ist es nicht allein schon gesundheitspolitisch angezeigt, die Preise für den Feinschnitt- Tabak demjenigen von Zigaretten möglichst anzugleichen? 5. Müsste er nicht aus gesundheitspolitischer Verantwortung auf seiner Kompetenz zur Erhöhung der Tabaksteuer auf Feinschnitt-Tabak bestehen. Und wenn nicht, warum will er diese preisgeben? 6. Man wird den Eindruck nicht los, dass er das Funktionieren des Tabakmarktes mehr gewichtet als die Gesundheit und den Jugendschutz. Wie begründet er mit Blick auf den Jugendschutz, die Krebsprävention und die Gesundheit insgesamt, dass die Schweiz in der Feinschnitt-Tabak-Besteuerung nicht mindestens mit unsern Nachbarländern Österreich, Frankreich und Italien gleichzieht?

Der Bundesrat hat die Interpellation am 9. November 2016 beantwortet.

→ Details: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163836>